

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/13932 –**

Industriepolitische Konzept des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie

Vorbemerkung der Fragesteller

Medienberichten zufolge lässt der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, seit einigen Monaten ein „Industriepolitische Konzept“ erarbeiten.

Mittlerweile ist ein ausformuliertes Papier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) an die Öffentlichkeit geraten, das den Titel „Industriepolitische Gesamtkonzept – Für eine Nachhaltige Industriepolitik in Deutschland“ trägt und außerdem mit dem Hinweis „Entwurf, Stand: Freitag, 3. Juli 2009“ gekennzeichnet ist. Der einleitenden Zusammenfassung zufolge macht das BMWi darin „Vorschläge zur Verbesserung der durch den Staat bestimmten Rahmenbedingungen“ (BMWi-Papier S. VI). Zu diesen „Verbesserungen“ zählt das BMWi-Papier beispielsweise umfangreiche Steuerentlastungen für Unternehmen, einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme um dort Kosten zu sparen, die weitere „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes und eine Entlastung von Unternehmen im Bereich des Umweltschutzes.

Das oben genannte Papier wurde laut Medienberichten zwischenzeitlich vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, „verworfen“. In dem Papier des BMWi habe teilweise „grober Unsinn“ gestanden, so Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg laut der Nachrichtenagentur „Reuters“. Der Sprecher des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Steffen Moritz, bezeichnete das Papier als „Ideen-sammlung“.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Bei dem vor einigen Wochen in der Öffentlichkeit diskutierten Entwurf eines „Industriepolitischen Gesamtkonzepts“ handelt es sich um eine interne Stoffsammlung der Fachebene des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, die offensichtlich durch eine Indiskretion an die Presse gelangt ist. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, hat das Papier insgesamt verworfen.

1. Welche Teile des bekannt gewordenen Entwurfes hält der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie für „groben Unsinn“, welche Teile hält er für gut?

Die Bundesregierung wird ihre industriepolitischen Vorstellungen zur gegebenen Zeit vorstellen.

2. Wie beurteilt der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie insbesondere den im o. g. Papier gemachten Vorschlag, die sozialen Sicherungssysteme zu „modernisieren“, um die Lohnzusatzkosten „nachhaltig unter 40 Prozent zu halten“, welche Maßnahmen sind diesbezüglich konkret geplant, und wie begründet sich die entsprechende Position?

Aus Sicht der Bundesregierung wird die demografische Entwicklung weitere Reformen der sozialen Sicherungssysteme erforderlich machen. Dabei geht es um die Sicherstellung leistungsfähiger und moderner Sozialversicherungssysteme, die nachhaltig finanziert werden. Ziel ist es auch, die Lohnzusatzkosten dauerhaft unter 40 Prozent zu stabilisieren.

3. Wie beurteilt der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie die im o. g. Papier gemachte Aussage, Mindestlöhne würden Beschäftigung gefährden, und wie beurteilt er den Vorschlag, deshalb Änderungen bei bestehenden Mindestlohnregelungen im Arbeitnehmer-Entsendegesetz zu vollziehen?

Das Kabinett hat am 16. Juli 2008 Gesetzentwürfe zur Änderung von Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) und Mindestarbeitsbedingungsgesetz (MiArbG) beschlossen und damit den Weg für branchenbezogene Mindestlöhne geebnet. Die Gesetze sind im April in Kraft getreten. Bei beiden Gesetzen sind an der Entscheidung, für welche Branchen und in welcher konkreten Höhe Mindestlöhne festgesetzt werden, Sozialpartner als Vertreter der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber maßgeblich beteiligt.

4. Wie beurteilt der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie den im o. g. Papier gemachten Vorschlag einer umfassenden Senkung des Einkommensteuertarifs, und wie begründet sich die entsprechende Position?

Um den Herausforderungen der globalen Wirtschaftskrise zu begegnen, hat die Bundesregierung im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland beginnend ab dem 1. Januar 2009 die Einkommensteuerbelastung aller Bürgerinnen und Bürger durch Änderungen im Einkommensteuertarif bereits umfassend gesenkt. Die Entlastungen, die sich im Jahr 2009 auf rd. 3,1 Mrd. Euro und ab 2010 auf rd. 6 Mrd. Euro jährlich belaufen, sind auf Dauer angelegt. Sie entlasten neben Bürgerinnen und Bürgern auch die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (Personenunternehmen), dauerhaft und leisten damit einen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung.

5. Wie beurteilt der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie den im o. g. Papier gemachten Vorschlag, „Steuervergünstigungen bei der Umsatzsteuer“ infrage zu stellen, um die Senkung des Einkommensteuertarifs zu finanzieren, und wie begründet sich die entsprechende Position?

Die Bundesregierung prüft im Sinne einer effizienten Verwendung staatlicher Mittel alle Subventionen regelmäßig auf ihre Berechtigung.

6. Wie beurteilt der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie die in Box 1 des o. g. Papiers zusammengefassten Vorschläge zur Entlastung von Unternehmen im Bereich Steuern, Abgaben und Arbeitsmarkt, und wie begründet sich die entsprechende Position?

Vergleiche Antwort zu Frage 1.

7. Wie beurteilt der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie den im o. g. Papier gemachten Vorschlag „Erleichterungen bei den strengen Befristungsregelungen“ bei Arbeitsverträgen zu schaffen, und wie begründet sich die entsprechende Position?

Vergleiche Antwort zu Frage 1.

8. Wie beurteilt der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie die in Box 2 des o. g. Papiers zusammengefassten Vorschläge zur Entlastung von Unternehmen im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik, und wie begründet sich die entsprechende Position?

Vergleiche Antwort zu Frage 1.

9. Ist es üblich, dass „Ideensammlungen“ oder „Stoffsammlungen“ in Bundesministerien mit einer Zusammenfassung, einem Inhalts- und Abbildungsverzeichnis versehen, komplett ausformuliert und mit Titel, Untertitel, sowie der Kennzeichnung „Entwurf“ versehen werden?

Wenn ja, aus welchem Grund wird in Bundesministerien so vorgegangen, und wenn nein, aus welchem Grund wurde im o. g. Fall so vorgegangen?

Der Grad der Ausarbeitung von Entwürfen hängt im Einzelfall von der Zweckmäßigkeit ab.

10. Wann wird das Industriepolitische Konzept des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie offiziell vorgestellt, und welche Schwerpunkte und Positionen enthält es?

Vergleiche Antwort zu Frage 1.

